



Beratene Dringlichkeitsanträge Jugend im Landtag 2021

Dringlichkeitsantrag JiL 34/D4

Aktuelle und zukünftige Situation in Kindertagesstätten

Antragsteller: Lukas E. Junghanß

Adressat: Landtag Schleswig-Holstein; Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend; Landesministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend,
Familie und Senioren

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Um die teils prekäre Situation in den Kindertagesstätten zu beheben und dieser zukünftig vorzubeugen, wird die Landesregierung verpflichtet Gesetzesentwürfe vorzulegen, die sich mit den folgenden Punkten befassen:

- Schaffung von zusätzlichen Plätzen in Fachschulen für Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen durch finanzielle Förderung
- Kampagnen zur Förderung des Ansehens des Berufs und zur Gewinnung neuer Nachwuchskräfte
- Möglichkeit zur Schaffung mehrerer Fachschulen von öffentlichen Trägern in einem Landkreis
- Vereinfachung des Ausschreibungsprozesses für Stellen in kommunalen Kindertagesstätten
- Ausschreibungen von Stellen in kommunalen Kindertagesstätten grundsätzlich ohne Befristung
- Regelungen zu einer fairen Bezahlung aller Fachkräfte und Auszubildenden

Begründung: Aufgrund des Personalmangels in Kindertagesstätten kommt es teils zu prekären Zuständen. Die Kombination aus Krankenstand und unbesetzten Stellen führt zu Verhältnissen, die den Anforderungen an Einrichtungen zur Betreuung und Bildung von Kindern absolut nicht gerecht werden. So kommt es bereits jetzt in einigen Einrichtungen zu Situationen, die bei einer ausbleibenden politischen Intervention auch

in weiteren Einrichtungen vorkommen werden. So ist es beispielsweise in einer Einrichtung von der ich persönlich erfahren habe, der Fall dass dort Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen teils 13–14 Stunden am Stück arbeiten da sonst nicht ausreichend Personal vorhanden ist. Durch einen dauerhaften Krankenstand der Einrichtungsleitung können selbst notwendige Dinge wie zum Beispiel Windeln und Büromaterial nicht bestellt werden. Warmes Essen gibt es nur teilweise in der Woche da die hierfür zuständige Stelle nur zur Hälfte besetzt ist. Es wird überwiegend von Einmal-Geschirr gegessen da nach dem Mittagessen keine Person mehr für die Küche verfügbar ist und bereits jetzt nicht genug Erzieher*innen vorhanden sind. In dieser Einrichtung sind aktuell 4 volle und 2 halbe Stellen unbesetzt. Hierzu kommt noch der Krankenstand der nicht unerheblich ist. Außerdem verlassen zum Jahreswechsel weitere Fachkräfte die Einrichtung aufgrund eben dieser Problematiken. Die Eltern sind bereits jetzt in Sorge aufgrund vermutlich bevorstehender Schließungen. Die Bezahlung der Fachkräfte steht aktuell in keinem Verhältnis zum aktuellen Kräfteaufwand.

Dieses Beispiel mag sehr drastisch sein, jedoch wird eine solche Situation in weiteren Einrichtungen Einzug halten, wenn dem nicht entgegenge wirkt wird.

Dringlichkeitsantrag JiL 34/D5

*Ist es richtig, mitten in einer Pandemie eine Klinik zu schließen?
Schließung Lungenklinik Borstel (Kreis Segeberg)*

Antragsteller: Tim Post

Adressat: Landtag, Landesregierung, BM Gesundheit, LM Gesundheit, LM Finanzen

Antrag: Jugend im Landtag möge beschließen, dass die Lungenklinik Borstel nicht geschlossen sondern erweitert wird.

Begründung: Nach dem Sommer und dem Herbst kommt der Winter 2021. Ein Winter in dem die Corona-infektionszahlen so hoch sind wie noch nie. Ein Winter, in dem wir mitten in einer Pandemie sind. Viele renommierte Experten warnen vor Überlastungen der Kliniken. Dies bedeutet, dass Menschen, die unter schweren Verläufen von Corona leiden, nicht richtig behandelt werden können. Auch können andere Patienten nicht so behandelt werden, wie es erforderlich wäre. Dies kann für Patienten zu bleibenden Schäden, bis gar zum Tode führen.

Trotz der beschriebenen aktuellen Situation, soll ein Krankenhaus schließen. Eine Fachklinik für Lungenerkrankungen und Infektionskrankheiten / Atemwegserkrankungen. Die Klinik verfügt über eine Intensivstation, die spezialisiert darauf ist, Patienten zu beatmen. Außerdem ist die Klinik eines von zwei zertifizierten Krankenhäusern zur Entwöhnung von Beatmungsmaschinen in ganz Schleswig-Holstein.

Es geht hier um die Lungenklinik Borstel (Kreis Segeberg), die aufgrund von wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden soll. Betrieben wird die Klinik vom benachbarten hoch renommierten Forschungszentrum Borstel. Die Finanzierung übernehmen der Bund und das Land Schleswig-Holstein. Dementsprechend besteht das Führungsgremium größtenteils aus Staatssekretären vom Bund und Land. Generell könnte die Klinik, nach Meinung des klinischen Direktors, viel wirtschaftlicher betrieben

werden, wenn man Borstel als Außenstelle des UKSH betreiben würde. Dies ist aber offensichtlich politisch nicht gewollt.

Aber auch ohne Corona ist die Schließung der Klinik ein riesiger Verlust. Die Lungenklinik Borstel ist europaweit führend in der hoch ansteckenden Tuberkulose- Behandlung (Tuberkulose ist die häufigste zum Tod führende bakterielle Infektionskrankheit auf der Welt). So kommen regelmäßig Patienten aus ganz Europa nach Borstel. So wie z. B. ein junger Ukrainer, der seit 2018 durchgehend in Borstel in Behandlung ist. Seine Tuberkulosebakterien halten den Weltrekord für Antibiotikaresistenten. Pro Jahr erhält die Klinik mehr als 1.000 Anfragen von Ärzten und Kliniken, die Rat zu Erkrankungen durch Mykobakterien wünschen bzw. benötigen.

Wäre es nicht das Mindeste, die Klinik weiter zu betreiben bis die Coronapandemie besiegt ist?

Ist es also wirklich richtig, eine so renommierte Klinik, mitten in einer Pandemie, zu schließen?

Dies scheint leider die Ansicht der Landesregierung zu sein.

Dringlichkeitsantrag JiL 34/D6

Medizinische Versorgung sicherstellen

Antragsteller: Thore Schönfeldt

Adressat: Deutscher Bundestag, Bundesregierung, Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Ministerpräsidentenkonferenz

Dringlichkeitsbegründung: Durch die steigende Auslastung der Intensivstationen durch Covid-19-Patienten wurden ab dem 9. November – nach Einreichschluss für Anträge – wichtige operative Eingriffe abgesagt. Dies hat drastische Folgen für Einzelpersonen. Die Behandlung dieses Anliegens duldet keinen Aufschub.

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Jugend im Landtag stellt fest: Aufgrund der steigenden Belegungszahlen der Kliniken in Berlin werden alle planbaren Eingriffe abgesagt.¹

Dies hat drastische Folgen für das Leben, der Menschen, deren medizinisch notwendigen Eingriffe abgesagt worden sind. [vgl. Begründung für Einzelfall]

Diese Vorkommnisse bestürzen Jugend im Landtag zutiefst.

Damit die Menschen in Würde leben können, muss der Staat sie vor vermeidbaren Qualen schützen! Alle Menschen haben grundsätzlich das Recht auf medizinische Behandlung, genauso wie auf Leben und körperliche Unversehrtheit!

Es ist wichtig, dass es grundsätzlich allen Menschen freisteht, sich gegen das Corona-Virus impfen zu lassen. Nichtsdestoweniger können medizinische Behandlungen, die durch Impfung nie nötig geworden wären, an-

¹ www.aerzteblatt.de/nachrichten/128932/Charite-sagt-alle-planbaren-Operationen-ab, m.tagesspiegel.de/berlin/viele-covid-19-patienten-volle-intensivstationen-berliner-charite-verschiebt-nahezu-alle-planbaren-operationen/27782884.html

dere erkrankte Menschen gefährden, da die Kapazitäten in den Kliniken begrenzt sind.

Jugend im Landtag ruft alle Menschen auf, sich wenn irgend möglich gegen das Corona-Virus impfen zu lassen!

Jugend im Landtag fordert: Der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung, der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Ministerpräsidentenkonferenz werden deswegen aufgefordert:

1. durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass medizinische Behandlung und Versorgung für alle Menschen zu jeder Zeit sichergestellt bleibt,
2. mit noch größerer Anstrengung darauf hinzuwirken, dass sich möglichst viele Menschen gegen das Corona-Virus impfen lassen,
3. sicherzustellen, dass sich keine gesellschaftlichen Konflikte zwischen Geimpften und Ungeimpften entwickeln.

Dem Beschluss wird die Antragsbegründung beigelegt.

Begründung: Hier sei exemplarisch der Fall der Berlinerin Angelina S. geschildert; ihre Operation wurde wegen der steigenden Corona-Fallzahlen abgesagt:

Angelina S. leidet unter Endometriose, einer schmerzhaften und chronischen Krankheit. Die chronischen Schmerzen beeinträchtigen sie in ihrem Alltag sehr und sie muss hochdosierte Schmerzmedikamente zu sich nehmen, um überhaupt einen Arbeitstag am Schreibtisch bewältigen zu können. Für diese Krankheit gibt es keine Heilung. Medikamentöse Behandlungen wurden schon ausgeschöpft. Die einzige Möglichkeit auf Besserung liegt bei einer Operation. Wegen der drohenden Überlastung der Kliniken wurde Angelina S.s Eingriff in der auf Endometriose spezialisierten Berliner Charité auf unbestimmte Zeit verschoben. Von dem Eingriff erhofft sie sich eine deutliche Besserung ihrer Gesundheit und auch ihrer Lebensqualität. Unter der Absage des Eingriffs leidet Angelina S. stark sowohl physisch als auch psychisch, da sie auf unbestimmte Zeit mit

unerträglichen Schmerzen leben muss.

Die Betroffene wendete sich über eine gemeinsame Freundin und Kommilitonin an den Antragsteller.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: registratur@landtag.ltsh.de
sh-landtag.de

Gestaltung: amatik Designagentur, Kiel

Weitere Dokumente unter
sh-landtag.de/service/jugend-im-landtag